



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 05.10.2015

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Frau Stadträtin Authaler
Herr Stadtrat Bode
Frau Stadträtin Bopp
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Frau Stadträtin Gutermann
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heidenreich
Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Holl
Frau Stadträtin Hölz
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Jeggle
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Mader
Herr Stadtrat Dr. Metzger
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Dr. Rahm
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Schmogro

Gast:

Frau Martina Späh

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Frau Christ, Stadtplanungsamt bis TOP 11
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg
Herr Jäger, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft ab TOP 9
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Länge, Ordnungsamt bis TOP 9
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Ortsvorsteher Wachter, Mettenberg
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Gedenkminute für Stadtrat Johann Späh	
2.	Nachrücken von Frau Manuela Hölz in den Gemeinderat - Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen -	198/2015
3.	Verpflichtung von Stadträtin Manuela Hölz	
4.	Neubildung von Gremien infolge des Tods von Herrn Stadtrat Johann Späh	199/2015
5.	Bürgerfragestunde - Renovierung Pflugschule	
6.	Änderung des Bebauungsplans "Schulbereich Rißegg" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB	174/2015
7.	Bebauungsplan "Karl-Müller-Straße, 2. Teil" - Städtebaulicher Rahmenplan -	193/2015 + 193/2015 - 1
8.	Städtebauliche Rahmenplanung für das Quartier zwischen Martin-Luther-Straße / Kolpingstraße / Waldseer Straße –konkurrierendes Planungsverfahren -	192/2015
9.	Vergabe von Bauleistungen des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft I. Neubauwohnungen im Talfeld, Otto-Schlecht-Str. 2, II. Ausschreibungsblock II. Energetische Sanierung Siebenbürgenstraße 40	197/2015
10.	Beschaffung eines Messfahrzeuges zur Geschwindigkeitsüberwachung in Kooperation mit der Stadt Laupheim	185/2015
11.	Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2014 und Übertragung von Haushaltsresten	176/2015
12.	Personalübergänge und Abbau des Aufgabenstaus beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung	195/2015
13.1.	Verschiedenes - Runder Tisch Flüchtlingsarbeit	
13.2.	Verschiedenes - Parksituation Martinstraße	
13.3.	Verschiedenes - Verfahrensstand Kletterhalle	
13.4.	Verschiedenes - Wilhelm-Leger-Halle	

Die Mitglieder wurden am 25.09.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 30.09.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Gedenkminute für Stadtrat Johann Späh

Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich OB Zeidler mit folgenden Worten an das Gremium: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Eintritt in die heutige Tagesordnung möchte ich an unseren Kollegen Johann Späh erinnern und ihn gerne in dieser Runde würdigen.“

Die Nachricht von seinem Tod hat uns am 9. und 10. September alle getroffen wie ein Schlag. Aufgewühlt, tief traurig und erschüttert mussten wir den Tod eines geschätzten Gemeinderatskollegen miterleben, und viele von Ihnen waren ja bei seiner bewegenden Trauerfeier und Beerdigung zugegen. Ich glaube, wir alle haben ihn sehr gemocht. Johann stand für einen Ausgleich, für einen fairen Umgang miteinander, für Toleranz und auch eine gegenseitige Wertschätzung. Wenn er einmal etwas Kritisches sagen musste, spürte man ihm förmlich an, dass ihn das auch Überwindung kostet und er eigentlich nur sehr ungern in die Konfrontation geht – aber dies bleibt im politischen Geschäft einfach nicht aus. Jede Begegnung mit ihm war eine angenehme und auch eine von gegenseitiger Sympathie getragene. Er saß mir immer direkt gegenüber, und wir haben sehr viel Augenkontakt zu einander gehalten, gelegentlich auch einander zugezwinkert und nicht nur dadurch einen gewissen Draht zu einander gehabt. Irgendwie will ich auch heute noch nicht glauben, dass er schon so früh und auch so plötzlich gehen musste.

Sein Tod findet für mich in diesem Jahr in einer schwierigen Reihung von Menschen statt, die plötzlich gehen mussten, eben wie z. B. auch Dr. Wolfgang Schätzle und Regierungspräsident Hermann Strampfer - und für mich zudem noch mein langjähriger stellvertretender Bürgermeister in Remshalden. Da kommt dann unweigerlich die Frage auf: Was bleibt? Wie gehen wir miteinander um? Sind wir trotz inhaltlicher oft konträrer Diskussionen in der Lage, einander zu achten und auch Wert zu schätzen? – Was sich meiner Meinung nach nicht gegenseitig ausschließt.

Ja – welches Bild haben wir von einander? Johann Späh gehörte seit 1997 dem Gemeinderat an. Er rückte in diesem Jahr für Frau Kreszentia Posner in das Gremium nach und war jetzt mehr als 10 Jahre lang Vorsitzender der Grünen-Fraktion. Er war unglaublich fleißig, hat sehr vieles vorbereitet, vorstudiert und in der Fraktion dann auch vorgetragen. Seine Hauptthemen waren soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, was ihm sein Beruf als Technischer Lehrer an der Schwarzbachschule mit auf den Weg gab, und natürlich ein nachhaltiger Umgang mit unserer Lebensgrundlage. Seit 1998 war er Vorsitzender von Jugend Aktiv e. V. und trug während seiner Amtszeit maßgeblich dazu bei, dass dieser Verein mit seinen vielfältigen Angeboten für Biberacher Kinder und Jugendliche nicht mehr wegzudenken ist. Die formidable Entwicklung der Grünen-Fraktion – man hat 2004 das Wahlergebnis deutlich verbessert – ist sicherlich auch seiner Person, seinem persönlichen Einsatz und auch seiner liebenswerten und bodenständigen Art zu verdanken.

Von 1984 – 2001 war er Kreisvorstand der Grünen und gehörte bis 1989 und dann wieder ab 2010 dem Kreistag an. 2009 wurde er mit der Bürgerurkunde der Stadt ausgezeichnet.

Wir werden ihn nicht vergessen. Wir sind dankbar, dass wir Wege mit ihm gehen durften, und wir werden ihm ein ehrenvolles Gedächtnis bewahren. Und vor allem: Er wird bei vielen Menschen in unserer Stadt einen ganz besonderen Platz in deren Herz haben.

Unser besonderes Mitgefühl gehört seiner lieben Frau und seinen beiden Kindern. Frau Späh hat mir in diesen Tagen gesagt: „Ich werde gut getragen.“ Und „Man kann viel Kraft schöpfen aus dem, was uns noch widerfährt.“ Das wünschen wir Ihnen und Ihrer Familie.

„Auf geht's , großer schwarzer Vogel, auf geht's!
Baba, Ihr meine Lieben daham!
Du, mein Mädal, und Du, Mama, baba!
Bitte vergesst's mich nicht!

Nein, wir werden ihn nicht vergessen. Ich möchte Sie alle bitten, sich zu einer Gedenkminute für Johann Späh zu erheben.“

Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an Johann Späh.

**TOP 2 Nachrücken von Frau Manuela Hölz in den Gemeinderat
- Feststellung über das Vorliegen von Hinderungsgründen -**

198/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 198/2015 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Es wird nach § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung (GemO) festgestellt, dass bei Frau Manuela Hölz kein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Gemeinderat der Stadt Biberach vorliegt.

TOP 3 Verpflichtung von Stadträtin Manuela Hölz

OB Zeidler geht zu Frau Hölz und liest ihr folgende Verpflichtungsformel vor, die sie nachspricht:
„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt Biberach gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

OB Zeidler wünscht ihr viel Erfolg und dass sie sich im Gremium wohlfühle. Die kommunale Arbeit bereite Freude.

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 199/2015 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1.1 Infolge des Tods von Herrn Stadtrat Johann Späh sind Gremien neu zu bilden. Für die Grünen-Fraktion werden folgende ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder bestellt:

1.2

Gremium	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Hauptausschuss	Manuela Hölz Dr. Peter Schmid Dr. Manfred Wilhelm	Silvia Sonntag Josef Weber
Bauausschuss	Silvia Sonntag Josef Weber	Manuela Hölz Dr. Peter Schmid Dr. Manfred Wilhelm
Hospitalrat	Manuela Hölz Dr. Peter Schmid Dr. Manfred Wilhelm	Silvia Sonntag Josef Weber
Umlegungsausschuss	Silvia Sonntag	Dr. Manfred Wilhelm
Gemeinsamer Ausschuss Verwaltungsgemein- schaft Biberach	Silvia Sonntag Josef Weber Dr. Manfred Wilhelm	Manuela Hölz Dr. Peter Schmid
Verbandsversammlung AZV Riss	Silvia Sonntag Dr. Manfred Wilhelm	Manuela Hölz Dr. Peter Schmid Josef Weber
Arbeitsgruppe Kinder- gartenentwicklung	Manuela Hölz	Dr. Manfred Wilhelm
Geheimbeirat	Dr. Peter Schmid	

1.3 Die übrigen ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder werden wiederbestellt.

TOP 5 Bürgerfragestunde - Renovierung Pflugschule

Herr Brüggemann trägt vor, in der Bauausschusssitzung sei die Renovierung der Pflugschule in den nichtöffentlichen Teil verlagert worden. Er erkundigt sich nach dem Stand des Verfahrens und dem Zeitplan.

OB Zeidler erwidert, die Vorlage komme in die nächste Sitzungsrunde.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 174/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Ortschaftsrat Rißegg am 22.09. und im Bauausschuss am 18.09. jeweils öffentlich beraten und jeweils einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für den im beigefügten Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 15-009 vom 04.02.2015 gekennzeichneten Bereich, wird der Bebauungsplan „Schulbereich – Rißegg“ gemäß § 1 Abs. 3 BauGB geändert. Das Bebauungsplanverfahren wird nach § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.**
- 2. Der Bebauungsplanentwurf „Schulbereich – Rißegg“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 927/71 vom 03.03.2015, Index 1 im Maßstab 1: 1000 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme Ausbau Dirk-Raudies-Weg durchzuführen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 193/2015 zur Beratung vor. Der Bauausschuss hat in seiner Vorberatung am 28.09.2015 abweichend zum Verwaltungsvorschlag empfohlen, beide Varianten anzubieten, was in Drucksache Nr. 193/2015-1 dokumentiert ist, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein und verdeutlicht, dass eine Entwicklungsfläche gesichert werden solle. Er zeigt deren Lage am Plan. Man habe zwei Varianten entwickelt und werde nun nach dem Gemeinderatsbeschluss mit beiden Varianten in die Bürgerbeteiligung gehen.

StR Kolesch führt aus, es sei schwierig, im bestehenden Gebiet eine Planstruktur einzubauen. Die Grundstücke seien seit vielen Jahren relativ dicht bebaut. Primär gehe es um Bestandsschutz, man wolle aber nicht in gleichem Umfang eine Neubebauung, sondern eine Planung, die auf die Gesamtstruktur Rücksicht nehme. Die ursprüngliche Planung bezeichnet er als zu massiv, massiver als der Bestand. Man hoffe auf eine gute Einigung mit dem Eigentümer.

StR Keil bezeichnet die Planung als städtebaulich sinnvoll. Das Quartier weise aktuell eine sehr originelle Architektur auf, die schmeichelnd wirke. Er bezeichnet es als bedauerlich, dass die Planung des Investors den Rahmen sprengt und die Gefahr biete, das Straßenbild zu sehr zu verändern. Man müsse dem Eigentümer allerdings ein Stück weit entgegenkommen, damit auch eine Büronutzung in bescheidenem Maß möglich werde.

StR Heinkele trägt vor, die Architektenentwürfe des Investors hätten nicht gefallen, da sie zu sehr am Neuen orientiert gewesen seien. Dagegen sei eine Orientierung am Bestand erforderlich. Das Recht auf gewerbliche Nutzung bleibe bestehen, wenn keine bauliche Veränderung erfolge.

Auch die Grünen bevorzugen nach Auskunft von StRin Sonntag eine Entwicklung orientiert am Bestand. Eventuell biete sich auch eine dritte Variante mit veränderter Kubatur.

StR Braig spricht von einer nachträglichen Nutzungsänderung und mahnt, die Besitzer ehemaliger Gewerbebetriebe nicht unnötig in ihren Absichten zu behindern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Grundlage der Planungsvarianten wird das Bebauungsplanverfahren "Karl-Müller-Straße Teil 2" weiter betrieben.

TOP 8 Städtebauliche Rahmenplanung für das Quartier zwischen Martin-Luther-Straße / Kolpingstraße / Waldseer Straße –konkurrierendes Planungsverfahren -

192/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 192/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde öffentlich im Bauausschuss am 28.09.2015 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der in Drucksache Nr. 192/2015 dargelegten Vorgehensweise wird zugestimmt.

**TOP 9 Vergabe von Bauleistungen des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft
I. Neubauwohnungen im Talfeld, Otto-Schlecht-Str. 2, II. Ausschreibungsblock
II. Energetische Sanierung Siebenbürgenstraße 40**

197/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 197/2015 zur Information vor.

StR Kolesch bezeichnet die laufenden Maßnahmen als sehr gut. Die Kostensteigerung von fünf Prozent finde er gerade noch akzeptabel. Mit dem Neubau habe man das erste Projekt und den Einstieg in weitere Neubauten des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft getätigt. 86 Prozent der Gesamtkosten seien vergeben und man liege relativ im Zeitplan, was sehr schön sei. Dass preiswerter Wohnraum in Biberach benötigt werde, habe man schon vor der Flüchtlingsproblematik erklärt. Nun sei das Problem um so dringender. Als größten Engpass bezeichnet er fehlende Grundstücke und dass der Stadt in vielen Dingen die Hände gebunden seien. Als Beispiel nennt er den Flächenbegrenzungserlass.

StRin Kübler bezeichnet es als erfreulich, dass überwiegend Handwerksbetriebe zum Zug kämen. Die Kosten seien im Rahmen, ebenso die Zeitschiene. Dennoch habe sie den Eindruck, dass es langsam vorgehe. Der Neubau in der Otto-Schlecht-Straße sei ein schönes Projekt, von denen noch mehr benötigt würden. Sie spricht die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen an, für die man sich einen Vorlauf von 4 bis 5 Jahren wie beim Neubau im Talfeld nicht leisten könne. Sie fragt, ob hierfür Überlegungen und ein Konzept bestünden. Es müsse zügig gearbeitet werden, zumal man in Biberach ohnehin nicht ausreichend Bauplätze vorweisen könne.

Auch die Freien Wähler stellen laut StRin Bopp erfreut fest, dass das Projekt im Kosten- und Zeitrahmen liegt und Handwerker aus der Region beschäftigt würden. In der Siebenbürgenstraße sei es schade, dass nur die Hälfte der Unternehmer, die ein Angebot abgeholt, auch angeboten hätten. Als EEA-Kommune müsse man mehr Wert auf ökologische Dämmstoffe und Bauweise achten. Sie spricht in diesem Zusammenhang die Fassade an und meint, es gebe genügend Alternativen. Der Preis allein dürfe nicht ausschlaggebend sein, sondern Maßnahmen müssten auch nachhaltig sein.

StR Weber pflichtet ihr bei. Die Flüchtlingsunterbringung sei ein sehr wichtiges Thema, aber gesondert zu beraten.

StR Funk fragt, wer beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Ansprechpartner sei. Er hält monatliche Informationen über alle Zahlen des Eigenbetriebs für erforderlich. Der Eigenbetrieb sei nicht die erste Adresse zur Flüchtlingsunterbringung, müsse aber schnell in den Informationsfluss eingebunden werden.

EBM Wersch legt dar, man könne bis zu 60 Wohneinheiten pro Jahr bewegen. Er nennt als anstehende Plangebiete die Hochvogelstraße, das Gebiet Hauderboschen und die Rollinstraße. Er stellt klar, dass nach dem aktuellen Energiestandard gebaut werde. In der Verwaltung sei man sich einig, dass ämterübergreifend agiert werden müsse. Ansprechpartner beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft seien Herr Jäger für die technische Seite und Herr Schumacher für den kaufmännischen Bereich. Im gesamten Team habe man den Übergang nach Frau Spieler gut bewerkstelligt.

Herr Jäger macht auf einen Schreibfehler auf Seite 3 der Vorlage aufmerksam. Bei den Schlosserarbeiten erfolge die Vergabe nicht an die Firma Max Kolesch, sondern an die Firma Gabler in der Bleicherstraße. Die Kostenüberschreitung sei der guten Konjunktur geschuldet und der speziellen Planungsaufgabe, da es sich um einen Sommerbau mit Rückbau des Laubengangs handle. Bisher habe man noch keine Wohnungen vermarktet. Man habe allgemeine Wartelisten für Wohnungsbewerber mit Wohnungsschein und keine spezielle Bewerberliste.

Zur Anschlussunterbringung verweist OB Zeidler auf die Gemeinderatssitzung am 26. Oktober, in der man darstellen werde, was bislang unternommen worden sei und welche Handlungsfelder bestünden. Am 20. Oktober finde ein Runder Tisch auf Einladung der Stadt zum Thema mit Teilnahme von Landkreis, Diakonie und anderen statt. Das Ordnungsamt habe bereits Basisinformationen zusammengestellt, die dem Gemeinderat übermittelt würden. Welche Anschlussunterbringung auf die Stadt zukomme, sei völlig unklar.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 185/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 24.09.2015.

OB Zeidler führt aus, das Thema sei in Laupheim bereits öffentlich thematisiert. Ihm sei wichtig, dass es nicht zu weiterem Personalbedarf führe. Der Vorgang sei ein gutes Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit. Die Entwicklung der Fallzahlen lasse sich dann jeweils im Haushaltsplan ablesen.

StR Abele bemerkt, für die CDU-Fraktion sei es auch sehr wichtig, das Fahrzeug nicht zur Einnahmenbeschaffung einzusetzen. Verkehrssicherheit sei wichtig und das Fahrzeug entsprechend einzusetzen. Man werde die Entwicklung genau beobachten und wenn die Zahlen exorbitant ansteigen, was aus dem Haushaltsplan ersichtlich sein werde, greife man das Thema auf. Wichtig sei es optimale Rechtssicherheit sicherzustellen. Der Verwaltungsvorschlag sei in der Summe am wirtschaftlichsten.

StR Keil bezeichnet das Fahrzeug als sinnvoll und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft von StR Hummler zustimmen. Eine Kooperation sei gut auch als Zeichen der Zusammenarbeit, was überregional vermehrt notwendig sein werde. Er bezeichnet es als wichtig, den beabsichtigten Messumfang nicht zu verändern.

StR Dr. Schmid signalisiert Zustimmung der Grünen. Man vertraue in das Ordnungsamt, dass das Fahrzeug dort eingesetzt werde, wo es notwendig sei, also zur Verkehrssicherheit oder zur Einhaltung lärmbedingter Geschwindigkeitskontrollen.

Für StR Funk steht außer Frage, dass Messungen und Kontrollen erforderlich sind. Er bemängelt, nicht alle erforderlichen Fakten erhalten zu haben. Er habe die Einnahmen erfragt und sei auf den Haushaltsplan verwiesen worden. Dort könne er die Zahlen aber nicht zuordnen. Er empfiehlt nicht nur von „soll“ zu sprechen, was die Messzeiten betrifft, sondern dies in ein „wird“ zu ändern. Die Vertragsgestaltung mit Laupheim stehe noch aus. Sie müssten so sein, dass auch noch ein Dritter mit ins Boot genommen werden könne. Er bemängelt, dass eine neue Technik mit Werten aus der Vergangenheit verglichen werde. Er findet die Berechnung von Variante 3 falsch und meint statt 166.250 Euro seien es 186.500 Euro auf 5 Jahre gerechnet, da man die Abschreibung und Zinsen einrechnen müsse.

StRin Jeggle fragt, ob auch Fahrradfahrer und Fußgänger kontrolliert werden, worauf Frau Länge erwidert, der Gemeindevollzugsdienst dürfe nicht in den fließenden Verkehr eingreifen, sondern sich nur in bestimmten Zonen bewegen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Enthaltungen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Anschaffung eines Messfahrzeugs zur Geschwindigkeitsüberwachung im Jahr 2016 wird zugestimmt. Die Anschaffungskosten für das Fahrzeug betragen maximal 160.000 Euro.**

- 2. Das Messfahrzeug wird in Kooperation mit der Stadt Laupheim genutzt und betrieben. Die Stadt Laupheim wird sich hälftig mit maximal 80.000 Euro an den Anschaffungskosten beteiligen. Die laufenden Kosten des Messfahrzeugs unterteilen sich in fixe und variable Kosten. Die fixen Kosten werden hälftig von der Stadt Biberach und Stadt Laupheim getragen; die variablen Kosten trägt jeder Nutzer selbst.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 176/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 24.09.2015.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die folgenden überplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2014 werden nachträglich bewilligt:

- HHSt. 1.0200.523000 (Haupt- und Ortsverwaltung, Unterhaltung Telekommunikations-Anlage) in Höhe von 20.032,39 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 1.9000.010000 (Anteil an der Einkommensteuer).
- HHSt. 1.0200.673010 (Haupt- und Ortsverwaltung, Umlage luK) in Höhe von 144.886,81 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 1.9000.010000 (Anteil an der Einkommensteuer).
- HHSt. 1.0200.673020 (Haupt- und Ortsverwaltung, Kopierkosten) in Höhe von 99.603,80 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 1.9000.010000 (Anteil an der Einkommensteuer).
- HHSt. 1.9100.860000 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Zuführung an den Vermögenshaushalt) in Höhe von 8.878.341,82 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 2.9100.30000-001 (Zuführung vom Verwaltungshaushalt).
- HHSt. 2.3330.935200-900 (Bruno-Frey-Musikschule, Lehr- und Unterrichtsmittel) in Höhe von 55.502,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben auf der HHSt. 1.3330.522000 (Bruno-Frey-Musikschule, Besonderer Sachbedarf, Kulturbudget).
- HHSt. 2.9100.911000 - 900 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Zuführung an zweckgebundene Rücklage für Pensionslasten) in Höhe von 914.918,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer).
- HHSt. 2.9100.910000-900 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Zuführung an die Allgemeine Rücklage) in Höhe von 11.587.432,70 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Wenigerausgaben in Höhe von 9.410.000,00 € auf der HHSt. 2.8170.930100-900 (Rückkauf von Beteiligungen e.wa riss GmbH & Co. KG), Wenigerausgaben in Höhe von 1.500.000,00 € auf der HHSt. 2.8170.930000 (Zuführung an Rücklage Stadtwerke), Mehreinnahmen in Höhe von 622.705,73 € bei der HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer) sowie Mehreinnahmen in Höhe von 54.726,97 € bei der HHSt. 1.9000.010000 (Anteil an der Einkommensteuer).

- HHSt. 2.9100.926000-900 (Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft, Darlehen an EB Stadtentwässerung) in Höhe von 1.000.000,00 €. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 1.9000.003000 (Gewerbsteuer).
- 2. Der Gemeinderat nimmt von der Übertragung von Haushaltsmitteln ins Jahr 2015 im Verwaltungshaushalt mit 5.087.593,91 € (HAR) sowie im Vermögenshaushalt mit 674.992,83 € (HER) und 22.415.735,80 € (HAR) entsprechend der Anlage 1 Kenntnis bzw. stimmt der Übertragung zu.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 195/2015 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 24.09.2015.

StRin Jeggle signalisiert die Zustimmung, weist aber dennoch darauf hin, dass man in den letzten Haushaltsberatungen klar definiert habe, was gewollt sei und was nicht bei der Personalentwicklung. Stellen könnten dort wo notwendig, aber mit Augenmaß und unter Überlegung, welche internen Lösungen stattdessen erfolgen könnten, geschaffen werden. Sie bezeichnet die Vorlage als etwas „barock“.

StR Keil führt aus, der Aufgabenstau hänge mit der sinnvollen Einführung der getrennten Abwassergebühr zusammen. Man müsse froh sein, wenn die Stadt für die Wasserwirtschaft Mitarbeiter finde, was bei der aktuellen Marktsituation nicht einfach sei. Wichtig sei, dass die Arbeit von fähigen Mitarbeitern erledigt werde, weshalb man nichts an Prozentpunkten festmache.

StRin Etzinger findet es positiv, dass vorausschauende Personalplanung erfolge. Der Vorschlag sei für eine gute Einarbeitung plausibel und die Freien Wähler stimmten zu.

Gleiches gelte für die Grünen, lässt StR Dr. Wilhelm wissen.

Auch die FDP wird zustimmen, erklärt StR Funk, auch wenn die Vorlage schwer zu lesen sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Zugunsten des Eigenbetriebs Stadtentwässerung wird bei der Stadt im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 eine Beamtenstelle in Besoldungsgruppe A 10 geschaffen und sogleich mit einem KW-Vermerk belegt. Nach Ausscheiden des Stelleninhabers der A 11-Stelle für den Eigenbetrieb wird die neugeschaffene A 10 Stelle wieder abgeschafft.**
- 2. Die Stelle wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausgeschrieben und besetzt. Die konkreten Personalkosten in Höhe von rund 50.000 € pro Jahr ersetzt der Eigenbetrieb zu 100 % der Stadt.**

TOP 13.1 Verschiedenes - Runder Tisch Flüchtlingsarbeit

StR Abele bezeichnet einen Runden Tisch mit den Akteuren zur Flüchtlingsarbeit als gut, auch wenn die Flüchtlingsunterbringung primär Landkreisaufgabe sei. Sie werde auch vor Ort Thema. In der Bevölkerung sei vermehrt eine große Unsicherheit spürbar und Nüchternheit trete anstelle von Willkommenseuphorie. Daher müsse man darstellen, was getan werde und die Bürger mitnehmen. Auch die Polizei sei gefordert und er appelliert an die Landesregierung, nicht anerkannte Flüchtlinge abzuschieben. Er regt an, die Information als ersten Tagesordnungspunkt vorzusehen und wenn rechtlich möglich anschließend eine Bürgerfragestunde anzubieten.

StRin Authaler bringt vor, der Landkreis habe am 13. November mit den Kindergartenleitungen ein Gespräch.

TOP 13.2 Verschiedenes - Parksituation Martinstraße

StRin Kübler bringt vor, der Hochschulsesemesterstart habe gezeigt, dass Parkplätze fehlten. Sie halte eine Übergangslösung für die Martinstraße für erforderlich.

TOP 13.3 Verschiedenes - Verfahrensstand Kletterhalle

StR Heinkele erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Kletterhalle.

OB Zeidler lässt wissen, es sei eine Vorlage für den nächsten Bauausschuss in Arbeit. Die Abstimmung mit den Beteiligten laufe.

TOP 13.4 Verschiedenes - Wilhelm-Leger-Halle

StR Kolesch bringt vor, die Wilhelm-Leger-Halle bereite immer noch Probleme im Betrieb. Bei einem Volleyballspiel am Wochenende sei dreimal das Licht ausgegangen, die Leinwand hochgefahren, was die Anzeige dann verdeckt habe. Offensichtlich bestünden ununterbrochen Probleme bei der Steuerungstechnik, die geklärt werden müssten.

Auch die Parkplätze hinter der Halle bezeichnet er nach Nutzerauskunft als großes Problem, da Fahrradfahrer nicht wahrgenommen würden, wenn Längsparkierung erfolge. Ein Drehen auf dem Parkplatz sei auch nicht möglich.

Er habe vor circa einem Jahr eine zweiseitige Mängelliste an die Stadt gegeben, von der sehr wenig abgearbeitet worden sei. Er appelliert, die Gewährleistungszeit zu nutzen.

BM Kuhlmann erwidert, die Probleme mit der Steuerungstechnik seien sehr komplex, da die zuständige Firma eine mangelhafte Leistung abgeliefert habe. Man habe ihr gekündigt und eine andere Firma habe die Aufgabe übernommen, der Experte sei aber verstorben. Man habe festgestellt, dass zum Teil nicht kompatible Komponenten eingebaut worden seien. Er habe zunehmend den Eindruck, dass bei hochkomplexen Themen schlechte Leistungen erbracht würden. Vergaberechtlich sei man aber an die günstigsten Bieter gebunden. Probleme habe man auch in der Bauleitung und sei im Gespräch, die Leistungen auf Basis der Gewährleistung abzarbeiten. Es bestehe eine Vereinbarung mit der Schule und den Vereinen, alle Mängel aufzulisten, die sukzessive abgearbeitet würden, was kontinuierlich erfolge.

Der Parkplatz sei nach geltenden Richtlinien angelegt. Nur wer in den letzten Parkplatz einfahre, könne nur wieder rückwärts heraus.

Gemeinderat, 05.10.2015, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann